

María Fernanda González hat in Politikwissenschaft an der Pariser Sorbonne promoviert und ist zurzeit Gastprofessorin an der Universidad Nacional in Bogotá. In einem Artikel für EL ESPECTADOR (03.01.2015) analysiert sie den bei den Friedensgesprächen vorherrschenden Duktus:

Die Semantik des Friedensprozesses

Das meistbenutzte Wort in den zweijährigen Verhandlungen war „Partizipation“, während wenig von „Arbeitern“ oder „Bauern“ gesprochen wurde.

Die Verlautbarung der FARC über die einseitige und unbegrenzte Feuereinstellung und die vielen anderen Erklärungen, die seit 2012 in Havanna produziert wurden, haben ein Geflecht von Spekulationen erzeugt. Zum einen hat Präsident Juan Manuel Santos wiederholt erklärt, man solle nicht für voll nehmen, was die Guerrilla außerhalb des Verhandlungsraums sage. Zum anderen haben Gegner der Verhandlungen versichert, in Kuba verhandle man über ein anderes ökonomisches Entwicklungsmodell. Auf dieser Linie liegt auch Expräsident Álvaro Uribe, der entschieden feststellte, man solle der FARC das neu zu schaffende „Ministerium für die Sicherheit der Bürger“ überlassen, da sie anderenfalls nie die Waffen niederlegen würde.

Es ist eine Methode der Messung der Temperatur in den Verhandlungen in Havanna, die gemeinsamen Kommuniqués von Regierung und FARC zu analysieren, sowie die drei unterschriebenen Teilvereinbarungen auf der offiziellen Webseite über die Verhandlungen. Was sagen uns diese Texte? Wird tatsächlich über ein neues politisches und ökonomisches Modell verhandelt? Finden sich kommunistische Untertöne in den drei erzielten Abkommen? Hat die FARC an einem Thema mehr Interesse als an den anderen?

Eine statistische Textanalyse wirft neues Licht auf die Dokumente, die beide Seiten gemeinsam veröffentlicht haben. Als erste große Überraschung zeigt sich, dass weder Regierung noch FARC zentrale Akteure des Prozesses sind, sondern die „Gemeinschaften“. Mit häufigster Frequenz tauchen die Worte „Gemeinschaften“, „Organisationen“ oder „Bewegungen“ auf. An zweiter Stelle- und im Widerspruch zur Annahme, der Verhandlungsprozess sei vertraulich- berufen sich die unterzeichneten Vereinbarungen auf die „Partizipation der Gesellschaft als Ganzes“.

Und so ist das Wort „Partizipation“ das meistwiederholte. Ständig ist die Rede von der „aktiven Partizipation der Gemeinschaften“, der „Bürgerbeteiligung“, der „Partizipation der ländlichen Gemeinschaften“ oder der „Wahlbeteiligung“ und der „politischen Beteiligung“.

Diese Methoden der quantitativen Analyse erlauben einen Blick auf die semantischen Konzepte oder Felder, aber sie erlauben uns auch zu entdecken, wovon nicht gesprochen wird. So ist keine Rede von einem Wechsel des ökonomischen Modells, und nur einmal findet man das Wort „Enteignung“ und zweimal „Abschaffung der Vorherrschaft der Großgrundbesitzer“. Weder ist von „Klassenkampf“ noch von „arm gegen reich“ die Rede. Man redet nicht von den „Armen“, sondern von „Armut“. Und so spricht man in den Kommuniqués von der „Ausrottung der ländlichen Armut“, dem „Kampf gegen die Armut und die Ungleichheit“ sowie von der „Schaffung von Einkommen“.

Die Analyse lässt die Schlussfolgerung zu, dass die Verhandlungen sich seit 2012 bis heute weiterentwickelt haben. Jedes Jahr ist charakterisiert durch ein Vokabular, das den Fortgang der Verhandlungen widerspiegelt. In diesem Sinne könnte man 2012 definieren als das Jahr der Formalitäten. Die thematische Achse festzulegen, die dann dabei herauskam, war die Rolle der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der Garantiestaaten Kuba, Venezuela, Norwegen und Chile. Klar sind die beiden Akteure FARC und Regierung. Noch gibt es keine klare Definition der Hauptthemen und der neuralgischen Punkte. Man könnte es ein Jahr der Formalien, aber noch mangelnder Tiefe nennen.

Das Jahr 2013 kann gelten als das Jahr der Sozialisierung des Prozesses. Das semantisch interessanteste Feld ist das der Verbreitung des Verhandlungsverlaufs und der Einbeziehung der Gesellschaft. Daher findet man Worte wie Forum, Vorschläge, Universitäten, Friedensforschungszentrum oder Runder Tisch. Der Aufruf zur Beteiligung ergeht jetzt über die Gemeinschaften hinaus an andere Sektoren: Wissenschaft, regionale oder lokale Akteure (d.h. Gouverneure und Bürgermeister) und internationale Organisationen wie die UNO.

Was thematische Achsen anbelangt, so stößt man vor allem auf das Thema des zweiten Abkommens mit den Begriffen „Politische Beteiligung, neue politische Bewegungen, die Opposition der Bürger

oder die Garantien, Opposition zu organisieren“. Danach folgt die erste Vereinbarung, vor allem mit dem Begriff der „ländlichen Armut“. Und während 2013 das Konzept zur politischen Teilhabe wichtig war, traten 2014 Themen wie das Drogenproblem, die Drogen an sich oder die Substitution illegaler Pflanzungen in den Vordergrund.

Obgleich alle drei unterzeichneten Vereinbarungen durchaus neuralgisch sind, zeigt uns doch die quantitative Analyse, dass die gewichtigsten Themen die Drogen und die Rechte der Opfer waren. Es ist häufiger die Rede von einer Lösung des Drogenproblems als von den Menschenrechten oder der politischen Beteiligung.

Diese Analyse verschafft uns ein vorläufiges Bild von den großen Themen, die man in Havanna diskutiert. Aber sie sagt uns nicht viel über die wahre Denkweise der Guerrilla. Es ist erforderlich, in den zahlreichen einseitigen Verlautbarungen der FARC zu graben, um ihre politische Linie zu entdecken und ob sie nach 50 Jahren zu sprachlichen Neuerungen gefunden hat, aus denen sich neue Kampffelder ableiten lassen.